

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Telegraphen-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr
in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 4,50 M., vierfachjährlich 10,00 M.
Die 1 Spalte 27 mm breit 2 M. für Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stern u. Wochenschriften, kleinste Ein- u. Verhältnisse 25 Pf. Vorauszahlung laut
Tarif. Ausland. Auflage gegen Berechnungszeit. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gültig. — Unterlängte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptredaktionsschreiber:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Das Ultimatum an Deutschland.

Die Einigung im Obersten Rat.

Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“
London, 3. Mai, 11 Uhr abends. Das Ultimatum wurde beschlossen. Die abermals verlängerte Konferenz feiert morgen den Wortlaut fest. Die Übereinkunft erfolgt spätestens am 6. Mai. Zum Zeitpunkt der Übergabe ab läuft eine Frist von sechs Tagen.

London, 3. Mai. (Reuter.) Der Oberste Rat kam nach knapp dreier Sitzung zu einer vollständigen Einigung und über den Inhalt der Deutschen Landesregierung auf überwiegenden Einigung. Der Redaktionsausschuss tritt heute abends zusammen, um das Protokoll aufzustellen. Eine weitere Sitzung des Obersten Rates wird morgen nachmittags stattfinden. Das Protokoll wird nicht später als am 6. Mai vorliegen.

Deutschland muss jährlich 100 Millionen Pfund Sterling zahlen und außerdem eine Abgabe von 25 Prozent von der deutschen Ausfuhr. Die Bonds im Betrage von 600 Millionen sollen jetzt, im Betrage von 1900 Millionen im November insgesamt alle im Betrage von 2500 Millionen Pfund Sterling ausgeschrieben werden, abzulösen von Bonds im Betrage von 4250 Millionen Pfund Sterling, welche je nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands spätestens ausgeschrieben werden sollen. Die Bonds bringen 5 Prozent Raten, und es wird ein Schuldenauslastung von einem Prozent vorhanden sein, so dass die für den Ausgaben für die im November auszuhändigen Bonds im Betrage von 2500 Millionen Pfund Sterling erforderliche Summe 150 Millionen Pfund ausmachen wird. Wenn die Einnahmen aus der Jahresabschöpfung von 100 Millionen Pfund und der 25-prozentigen Ausfuhrabgabe mehr ergeben als die erforderlichen 150 Millionen, so wird ein restender Teil der im Reserve gehaltenen 4250 Millionen Pfund bestückt werden, um den Überschuss aufzuhören. Es wird eine Abgabe von einem weiteren Prozent der deutschen Ausfuhr erhoben werden, wodurch der Gesamtbetrag auf 25 Prozent geht, um die Summe zu erreichen, die zur Bezahlung der Raten für die in Reichtum gehaltenen Bonds nötig ist. Man rechnet damit, dass jede Serie innerhalb 12 Jahren vom Datum der Ausschöpfung aufgelöst sein wird. Unter diesen Umständen kann die deutsche Verbindlichkeit 6 Prozent des Gesamtbetrages der Bonds übersteigen. Mit diesem Betrage werden die deutschen Röthe oder andere Einnahmen belastet werden, die der Reparationsaufschluss bestimmt wird. Der Reparationsaufschluss wird die Bonds nach den bereits festgestellten Verhältnissen unter den Alliierten verteilen. (B. T. B.)

Das Resultat von London.

Haag, 4. Mai. Das holländische „Handelsblad“ glaubt, dass unabänderlich die Ruhrbesetzung bevorstehe. Briand sei im Obersten Rat durch tatsächlich der Sieger abgestoßen. Briand habe die Zustimmung der Alliierten für die französischen Sanktionen durchgesetzt und brauche sie nicht weiter über sein Volkshilfes des Planes Sorge zu machen. Wenn die Deutschen auch alles unterzeichnen wollen, was man von ihnen verlangt, dann können sie doch nicht in den wenigen Tagen, die ihnen bleiben, zur Ausführung ihrer Verpflichtungen überreichen und der casus bellicosus werde also unter allen Umständen eintreten werden. Das Ruhrgebiet, so schreibt „Handelsblad“, wird besetzt werden. Das ist das Resultat von London.

Beschärkte Regierungskrise.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 4. Mai. Die Regierungskrise ist durch die ablehnende amerikanische Antwort in ein akutes Stadium getreten. Am die heute früh stattgefundene Kabinettssitzung schlossen sich Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern über die politische Lage an. Um 12 Uhr trat der auswärtige Ausschuss zusammen, dessen Beratungen vertraulich sind. Man erwartet, dass durch diese Besprechungen klarheit geschaffen und dadurch die Entscheidung über die Frage eines Reichstagswechsels getroffen wird. Nach der A. Z. verlaufen in politischen Kreisen mit Bestimmtheit die Mitglieder der Reichsregierung wären sich bereits gestern abend darüber einig gewesen, dass der Rücktritt des Reichskanzlers Lehmann durch die Entwicklung der auswärtigen Lage notwendig geworden sei. Kurz vor Beginn der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sich es, dass Lehmann in dieser Sitzung den Entschluss des Kabinetts, zurückzutreten, erklärte, aber hinzufügen werde, dass der Rücktritt mit Absicht auf die ersten Nachrichten aus Oberschlesien und auf die gefährliche Lage dort die Weisheit vorausführte.

Berlin, 4. Mai. Wie die „R. Berl. Sta.“ mitteilte, herrschte in parlamentarischen Kreisen eine geteilte Auffassung darüber, dass Dr. Simons sofort zurücktreten habe. Während die Deutsche Volkspartei für einen sofortigen Rücktritt des Ministers Dr. Simons eintrat, sah es die Demokratische Partei und teilweise auch das Zentrum gern, wenn das Kabinett Lehmann in unveränderter Gestalt weiter im Amt verblebe. Dafür sei aber wenig Aussicht vorhanden, da Dr. Simons seit entschlossen sei, seine Demission einzurichten. Nun soll auch bereits die Bildung einer sogenannten Konzentrationsregierung erwogen werden. Von der Deutschen Volkspartei werde behauptet, dass sie für Dr. Stresemann den Posten des Außenministers in Anspruch nehmen möchte. Im Zentrumskreis propagieren man die Reichskanzlerkandidatur des Pariser Botschafters Dr. Mayer-Rauhbusen. Ganz erhebliche Schwierig-

Eine sinnige Bildersprache.

New York, 4. Mai. Der „New York Herald“ schreibt: Mit Bezug auf die letzten deutschen Vorschläge steht fest, dass der französische Ministerpräsident so hartnäckig ist wie ein Maulschlüssel. Als Wolf sind wir bereit, zu verzehn dem Geiste zu vertrauen; wir sind bereit, zu verhandeln und als Vermittler aufzutreten. Wir können kein Wolf begreifen, das in dieser Hinsicht nicht unserer Meinung ist.

Der Kampf um die Einigung.

Paris, 4. Mai. In der zweiten Sitzung des Obersten Rates, die gestern nachmittag um 8 Uhr in London stattfand, berichtete man noch immer über den Wortlaut der Note, die heute an Deutschland abgehen soll. Die britischen Vertreter erhoben Einwendungen gegen die Einsetzung einer Garantiekommision. Sie wollten klar feststellen, ob diese das Recht haben soll, das deutsche Budget zu kontrollieren. Auch sollte eine Einigung über die Einführung einer Kohlensteuer erzielt werden. Die Unterkommissionen arbeiten noch immer an den Schlüssen für die Zahlungsmöglichkeiten. Doch erörterte noch einmal im Kreise der militärischen Sachverständigen die Maßnahmen, die bisher eingeleitet worden sind.

Feindliche Kavallerie überschreitet den Rhein

Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“
Dulenburg, 4. Mai. Zwischen Kaiserwörth und Köln-Ehrenbreitstein hat gestern der Übergang von belgischer und deutscher Kavallerie über die Rheinbrücken begonnen. Erhebliche Kavallerieabteilungen und auch Artillerie befinden sich bereits rechts des Rheines. Auf dem bisher besetzten Gebiet von Bonn sind viele Truppen mit Einheiten verlegt.

Paris, 4. Mai. Gestern trafen die ersten neun eingezogenen Soldaten in ihren Kasernen ein. Seit der letzten 24 Stunden laufen fast ununterbrochen Rüte nach dem Osten, beladen mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Die neuen Truppen sind in voller Kriegsausführung. Selbst Gasmasken (!) fehlen nicht. Nach Köln stürzen gestern die 4. Kavallerie, 18. Infanterie, 15. Dragoner und andere Kavallerieformationen, sowie 500 Artilleristen. Das französische Hauptquartier am Rhein ist drei verschiedene Aufgaben der Truppen an: 1. Bekämpfung des Ruhrbedecks, 2. Bewachung der Ostküste und der Ruhrbäder. Die Länge der Grenze beträgt 70 Meilen. 3. Bekämpfung eines Einmarsches aus dem Innern Deutschlands. (!)

Keine Blockade, sondern Flotten-demonstration.

London, 4. Mai. „Morning Post“ ist beschlossen worden, dass nicht eine Blockade zur See, sondern eine Flottille demonstriert gegen Deutschland anzuwenden sei, falls sich die Machthaber als notwendig erweisen sollte. Die Franzosen wünschten eine vollständige Durchführung der Blockade der deutschen Küsten und als juridisch Einnwendungen dagegen erhoben wurden, unterrichteten sie einen Plan, betreffend eine militärische Belebung der Häfen und boten die zu diesem Zwecke nötigen Truppen an. Sowohl Lord George als auch Graf Storck haben jedoch nachdrücklich hervorgeholt, dass es nicht ratsam sei, die erwähnten Wirkungen zu drastischer Maßnahmen zur See auf die öffentliche Meinung bei den Neutralen nicht in Betracht zu ziehen.

festen liegen aber für eine neue Regierung darin, dass die Entente ein neues Schuldbecken für verlangen könnte. Vieles hängt noch davon ab, ob ein Beschluss der gegenwärtigen Reichsregierung bezüglich neuer Vorschläge unmittelbar zu erwarten ist, nachdem in der nächsten Kabinettssitzung die Aussöhnung vorhergesagt, dass man dem anstehenden Ultimatum durch neue Angebote zuvorkommen könnte. Es sei also nicht ausgeschlossen, dass aus der heutigen Kabinettssitzung ein neues deutsches Anträge abgelehnt werden.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 4. Mai. Im Auswärtigen für auswärtige Angelegenheiten erstattete der Minister des Auswärtigen, Dr. Simon, einen ausführlichen Bericht über die Lage in Oberschlesien. Die Debatte, die sich an diese Ausführungen anschloss, war vertraulich. Der Auswärtige Ausschuss wird morgen vormittag wieder zusammenkommen, um zu den übrigen außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Aus dem Notenwald der Reparationskommission.

Paris, 4. Mai. (Rhein.) Die Reparationskommission hat unter dem 3. Mai an die Kriegsabteilungskommission eine Note gerichtet, worin sie erklärt, dass Deutschland gegen den Artikel 235 des Friedensvertrages verstoßen habe, dadurch, dass es bis zum 1. Mai nicht die Summe von 12 Milliarden Goldmark bezahlt hat, die es von dem am 1. Mai fälligen Betrage von 20 Milliarden Goldmark noch überlebt. Sie erinnerte erstmals an die Weigerung Deutschlands, am 28. April 1921 eine erste Anzahlung von einer Milliarde Goldmark zu leisten. Diese Weigerung, die einen Vertrag gegen den Vertrag darstellt, wurde sämtlichen beteiligten Mächten zur Kenntnis gebracht, zwielangs an die am 22. April 1921 von der Berliner Regierung erfolgten Ablichung der Forderung, den Metallbestand der Reichsbank nach den Reichsbankstellen von Köln und Koblenz zu überführen, drittens an die Weigerung der Bank von Frankreich den Betrag von einer Milliarde Goldmark auszuzahlen. Die Reparationskommission machte von diesem Verstoße sofort allen beteiligten Mächten Mitteilung gemäß der Bestimmung des § 11, Anlage 2 zu Teil 8 des Friedensvertrages. (B. T. B.)

Ausbreitung des Polenschreckens in Oberschlesien.

Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“
Breslau, 4. Mai. Die Druckverbindungen mit ganz Oberschlesien führen, nachdem gestern nochmals 4 Uhr die Verbindung mit Gleiwitz wieder aufgenommen war, seit 2 Uhr nachts wieder unterbrochen. Über die dortigen Vorgänge liegen nur unvollständige Nachrichten vor. Gestern abend wurde in Sławnów und Beuthen wieder hart geschossen. Bogenschützen waren gestern mittag von bewaffneten polnischen Banden besiegt worden. Die Bahnhofstation Gleiwitz, Myslowitz und Myslowitz sind in den Händen der polnischen Partisanen.

Kampf um Beuthen.

Bethen, 4. Mai. Die Nacht ist in der Stadt ruhig verlaufen. Gestern abend gegen 8 Uhr befand sich ein Trupp Bewaffneter auf der Schomberger Landstraße im Anmarsch auf Bethen. Anfolge des energischen Anmarsches des englischen Kreiskontrolleurs wurden die Truppen durch französische Soldaten auseinandergeprellt und zur Umkehr gezwungen. Um 11 Uhr abends und 5 Uhr früh wiederholte Versuche der Bewaffneten, Bethen zu erobern, wurden in der gleichen Weise vereitelt. Die Gemeinden des Kreises Bethen-Land befinden sich fast ausnahmslos in der Gewalt der Partisanen. Die deutschen Beamten der Polizei sind entwaffnet und vielfach festgenommen worden. (B. T. B.)

Die erste Lage.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 4. Mai. Nach den hier vorliegenden Meldungen aus Oberschlesien ist die Lage sehr ernst, da alle größeren Städte des Gebietes von den Aufständischen umstritten sind. Besonders gilt dies von Katowitz. Der Gleiwitzer Vorort Niedersdorf ist in den Händen der Aufständischen. Diese haben auch den reindeutschen Ort steif vertrieben. An den Hüttenwerken, in denen bisher noch gearbeitet wurde, haben die Aufständischen den Streik erzwungen. Die Polen nehmen, wo sie dazu Gelegenheit finden, Beethen fest und suchen sich dann angehende deutsche Einrichtungen aus, wie den Bürgermeister von Rybnik u. a. In der Stadt Rybnik sind die Polen noch Herren der Städte. Die Beliebung erfolgte nach Eingehen der italienischen Truppen, die dabei 15 Tote gehabt haben sollen und zwar zwei Offiziere, einen Unteroffizier und zwölf Mann. In der Stadt Pleß haben die Italiener die Aufständischen zur Rückkehr gezwungen, wobei der Kommandeur des italienischen Bataillons durch einen Bruderschuss verletzt wurde.

Eine neue deutsche Note über Oberschlesien.

Berlin, 4. Mai. Wie von zuverlässiger Seite verbreitet wird, hat die deutsche Regierung der Entente eine neue Note unterbreitet, in der die Gründe, die für die Unterarbeit der Oberschlesien sprechen, nochmals auseinandergefeiert werden. Die Note erwähnt ferner einen deutschen Vorfall, wonach Deutschland bereit sein soll, für den Fall, wenn Oberschlesien unmittelbar in deutschem Besitz verbleibt, das polnische Kohlenabevi von Dombrówka mit deutschem Kapital und deutschen Maschinen weit auszubauen, dass die Leistungsfähigkeit der dortigen polnischen Kohlenanlagen dieselbe wie bei der oberschlesischen Kohlenindustrie ausmachen solle.

Polen mobilisiert.

Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“
Danzig, 4. Mai. Nach hier vorliegenden Druckungen aus Warschau ist gestern in Warschau die Mobilisierung der Jahre 1911—1915 bekanntgegeben worden.

Die polnische Pulschorganisation.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 4. Mai. Als Hauptwerkzeug für den Aufmarsch in Oberschlesien diente die Polnische Organisation Bojowa, die aus militärisch organisierten Schützenvereinen entstanden ist. Dank der geistigen Propaganda und reichlichen Mitteln aus Frankreich wurden die Kreise Nowy Sącz und Pleß durch rekrutiert und die Tätigkeit dieser Polen deutet sich auf das Rottweiler und Beuthener Gebiet aus. In Posen an der Grenze bildete sich ein reichsdeutscher Staat und heute liegt die P. C. B. der polnischen Oberschlesien im Hotel Rommel in Beuthen. Ihr Führer ist augenblicklich Michael Boissel, dem 7 Abteilungen für Operation und Organisation, für Nachrichtenwesen, Artillerie, Pioniere, Politik, Polizei, Wehrmacht, Polizei und Finanzen unterstellt sind. In jedem Kreis Oberschlesiens befindet sich ein Kreiskommando der P. C. B., der über bewaffnete polnische Verbände verfügt. Jeder der Kreise hat wenigstens 1 Bataillon Infanterie mit Maschinengewehren zu stellen. So sollen in den polnischen Kreisen Oberschlesiens die früher nicht vorhandenen Soltau wie Pillau aus der Erde und heute schon dort ganze Regimenter Infanterie und Artillerie, deren Stammregimenter polnische Kommandos aus der Posener und Haller-Armee bilden.

Ein deutsch-niederländisches Untersuchungsabkommen.

Berlin, 4. Mai. Der niederländische 14.000-Tonnen-Passagierdampfer „Tubantia“ sank nach einer Explosion am 16. März 1918 bei dem Leuchtturm Noordhinder, nicht weit von der niederländischen Küste. Die deutsche und die niederländische Regierung waren schon im Jahre 1917 über ein, nach Beendigung des Kriegs, eine internationale Untersuchungskommission im Sinne der Bestimmungen des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Ein diesbezügliches Untersuchungsabkommen zwischen den beiden Ländern ist jetzt unterzeichnet worden.